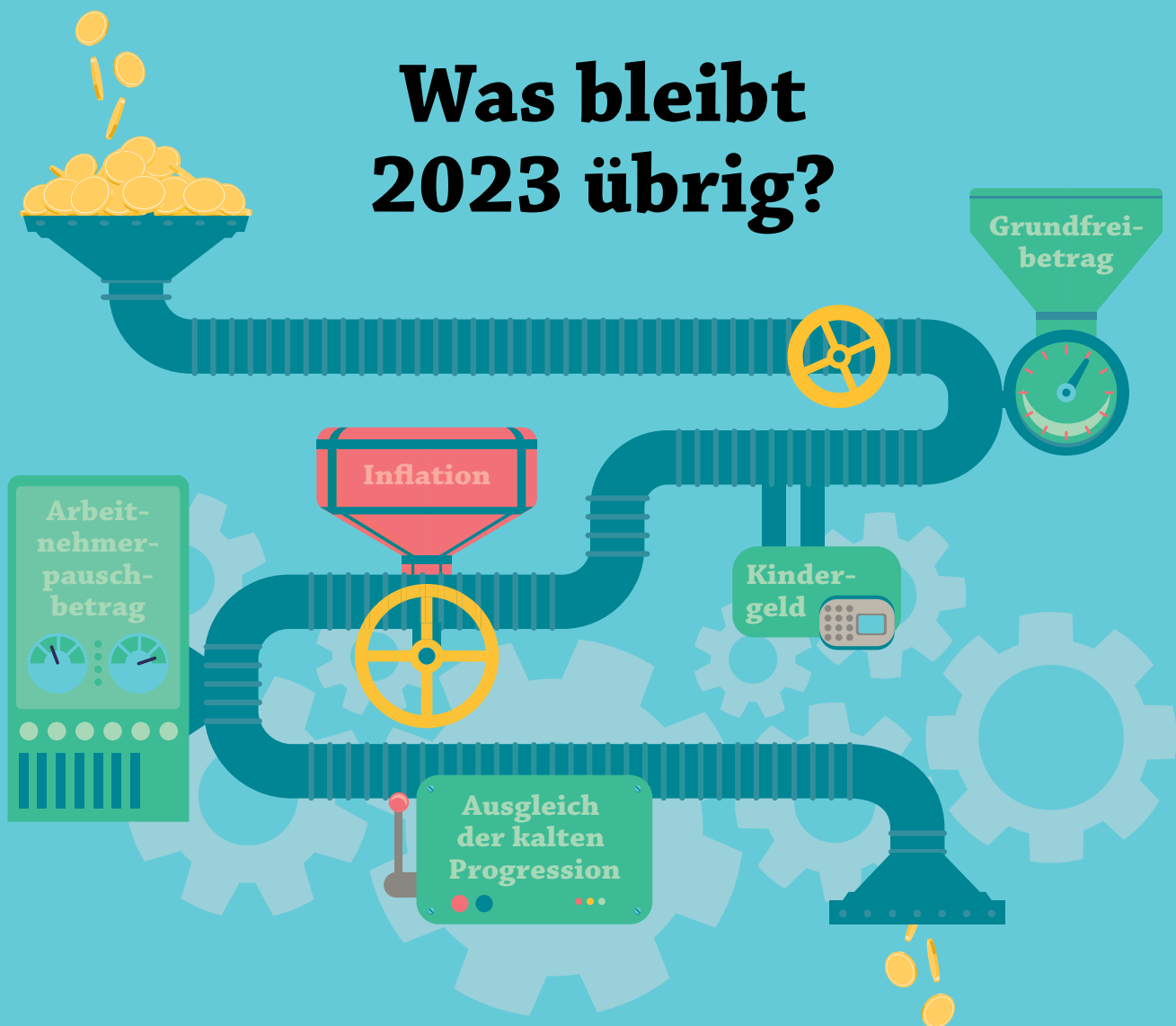


Was bleibt 2023 übrig?



Einkommensteuer. Ab dem kommenden Jahr ändern sich viele Steuerregeln. Die gute Nachricht lautet: Den allermeisten bleibt netto im Jahr 2023 mehr übrig als 2022 – und das sogar bei gleichem Einkommen. Allerdings wird dieses hübsche Plus von steigenden Sozialbeiträgen und der hohen Inflation in der Regel mehr als aufgezehrt werden. Deshalb plädiert IW-Steuerexperte Tobias Hentze für ein neues Ausgleichsinstrument bei der kalten Progression, das künftig schleichende Steuererhöhungen automatisch verhindern soll. —> [Seiten 2-4](#)

Inflation

Ein beliebtes Weihnachtssessen – Kartoffelsalat mit Würstchen – kostet in diesem Jahr deutlich mehr als 2021. Am teuersten sind die Zutaten in Süddeutschland.

—> [Seite 5](#)

China

Um die Abhängigkeit von China zu verringern, müsste die deutsche Wirtschaft stärker auf Diversifikation setzen. Die Kosten dafür wären durchaus vertretbar.

—> [Seiten 14-15](#)

Ab Januar gibt es mehr Netto vom Brutto

Einkommensteuer. Mit Beginn eines neuen Jahres ändern sich traditionell Steuerregeln und Sozialbeiträge. Aufgrund der hohen Inflationsrate fällt der Ausgleich der kalten Progression in Deutschland ab 2023 stärker aus als in den Vorjahren. Auch das Kindergeld wird deutlich erhöht. Allerdings konterkarieren höhere Sozialbeiträge diese Effekte zum Teil.

Zum Jahreswechsel steht ein seit 2016 eingeübtes Prozedere an: Die Eckwerte des Einkommensteuertarifs werden um die Inflationsrate verschoben. Dadurch wird die sogenannte kalte Progression ausgeglichen. Ohne Anpassungen würde sie dazu führen, dass der durchschnittliche Steuersatz steigt, ohne dass das Einkommen real – also gemessen an der Kaufkraft – zugelegt hat.

Die Steuerpolitik folgt dabei dem Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Wenn die Leistungsfähigkeit gemessen am Einkommen abnimmt, muss die Steuerlast sinken. Um dies zu erreichen, wird zum Beispiel der Grundfreibetrag, also das steuerfreie Existenzminimum, im kommenden Jahr von 10.347 Euro auf 10.908 Euro erhöht. Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent wird dann erst bei einem zu versteuernden Einkommen von 62.810 Euro einsetzen, im Jahr 2022 waren es noch 58.597 Euro.

Aufgrund der vom Bundesfinanzministerium für 2022 unterstellten Inflationsrate von 7,2 Prozent fallen die Anpassungen stärker aus als in den vergangenen Jahren. Der Grenzwert für die sogenannte

Reichensteuer von 45 Prozent bleibt dagegen unverändert bei 277.826 Euro, weil die Bundesregierung eine Steuererhöhung für diese Einkommensklasse für vertretbar hält.

Zudem werden die gesetzlichen Rentenbeiträge vollständig steuerfrei gestellt und der Arbeitnehmerpauschbetrag sowie der Alleinerziehenden-Entlastungsbetrag erhöht.

Grundsätzlich gilt: Das zu versteuernde Einkommen liegt unterhalb des Bruttoeinkommens, da von diesem noch Sozialversicherungsbeiträge und Werbungskosten – beispielsweise die Entfernungspauschale oder Arbeitsmittel – abgezogen werden. Bei unverändertem Gehalt werden im Januar 2023 also weniger Steuern fällig als im Dezember 2022.

Bei Haushalten mit Kindern fällt die Veränderung deutlich größer aus als bei Singles oder Paaren ohne Nachwuchs. Dies liegt daran, dass Kindergeld und Kinderfreibetrag ebenfalls erhöht werden:

Pro Kind und Monat zahlt der Staat im kommenden Jahr 250 Euro und damit 31 Euro mehr als 2022 – das ist die größte Kindergelderhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Der Kinderfreibetrag, also jener Betrag, um den sich das steuerpflichtige Einkommen pro Kind reduziert, steigt relativ gesehen weniger stark. Deshalb wird es für einige Haushalte mit Kindern vorteilhaft sein, künftig Kindergeld zu beziehen, statt den Kinderfreibetrag in Anspruch zu nehmen.

Ein Teil aller Steuerentlastungen wird allerdings gleich wieder aufgezehrt, da gleichzeitig die Beitragsbemessungsgrenzen und -sätze in der Sozialversicherung steigen: Der durchschnittliche Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung wird im kommenden Jahr von 1,3 Prozent auf 1,6 Prozent angehoben. Gleichzeitig steigt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte auf 2,6 Prozent, nachdem die Regierung ihn für drei Jahre reduziert hatte, da die Arbeitslosenversicherung hohe Rücklagen aufwies. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen die höheren Sozialversicherungen je zur Hälfte.

Zudem steht zum Jahreswechsel eine kräftige Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen an, nachdem diese zum Jahresbeginn 2022 aufgrund der Corona-Pandemie und

der stagnierenden Löhne kaum verändert worden waren. Zum 1. Januar 2023 steigen die Grenzwerte in der gesetzlichen Krankenversicherung um 3,1 Prozent auf 59.850 Euro des Bruttoeinkommens. In der gesetzlichen Rentenversicherung steigt die Grenze für die westdeutschen Bundesländer um 3,5 Prozent auf 87.600 Euro und in den ostdeutschen Bundesländern um 5,2 Prozent auf 85.200 Euro.

Für durchschnittlich verdienende Steuerpflichtige bedeuten die Änderungen aufs Jahr gerechnet einen Anstieg der Sozialbeiträge um mehr als 100 Euro.

Von den gegenteiligen Effekten der Änderungen bei Steuern und Sozialabgaben dominiert letztlich der Effekt bei der Einkommensteuer (Grafik):

Ein alleinstehender Spitzenverdiener mit einem monatlichen Bruttogehalt von 7.000 Euro hat im Jahr 2023 per saldo rund 1.000 Euro netto mehr zur Verfügung.

Ein Gutverdiener mit einem Monatsbrutto von 5.500 Euro spart aufs Jahr gerechnet knapp 600 Euro. Bei einem Durchschnittsverdiener mit 4.000 Euro beträgt der Effekt mehr als 400 Euro. Und einem Geringverdiener mit einem Brutto-

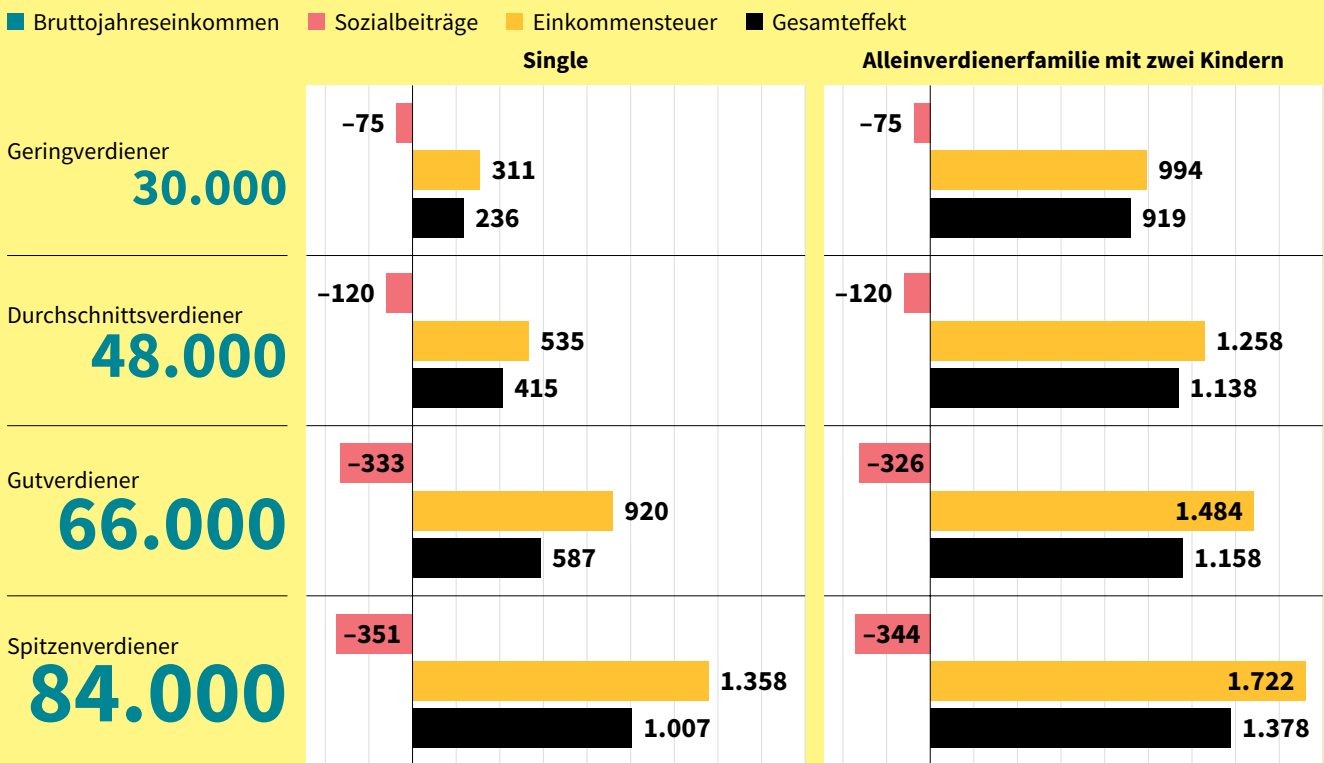
monatseinkommen von 2.500 Euro bleiben rechnerisch netto 236 Euro mehr am Jahresende.

Bei einer Familie mit zwei Kindern beträgt die Entlastung aufgrund des erhöhten Kindergelds oft mehr als 1.000 Euro.

Da jedoch gleichzeitig die Ausgaben kräftig gestiegen sind – vor allem für Energie, aber beispielsweise auch für Lebensmittel –, wird das höhere Nettoeinkommen lediglich einen Teil der Teuerung ausgleichen können. Mehr leisten können sich die Bundesbürger im kommenden Jahr also trotz der eigentlich vorteilhaften Änderungen nicht.

Neue Steuerregeln 2023: Wer profitiert am meisten?

Änderungen bei der Einkommensteuer und den Sozialbeiträgen zum Jahreswechsel: Entlastung und Belastung (-) in Euro



Sozialbeiträge: gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, gesetzliche Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung; Einkommensteuer: inklusive Kindergeld und Solidaritätszuschlag (sofern relevant); ohne Berücksichtigung von Änderungen möglicher Transferleistungen wie Wohngeld

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd

Kommentar. *Bislang wird jedes Jahr aufs Neue um die Eckwerte im Einkommensteuertarif gerungen, die der kalten Progression Einhalt gebieten sollen. Um schleichende Steuererhöhungen zu verhindern, sollte stattdessen künftig ein Ausgleichsinstrument angewendet werden, das die kalte Progression automatisch beseitigt, schlägt IW-Steuerexperte **Tobias Hentze** vor.*



Foto: IW Medien

„Im Kampf gegen die kalte Progression ist ein Tarif auf Rädern überfällig“

Bei den Beitragsbemessungsgrenzen der Sozialversicherung gibt es einen Automatismus, der dafür sorgt, dass die Sozialbeiträge mit der Lohnentwicklung steigen. Das mag aus Sicht des Beitragszahlers zwar ärgerlich sein. Systematisch ist es aber richtig und wird in der öffentlichen Debatte nicht infrage gestellt. Von daher verwundert es, dass mit Blick auf die kalte Progression – Einkommenssteigerungen, die lediglich die Teuerung ausgleichen, werden mit einem höheren Steuersatz „bestraft“, sodass real weniger Geld übrig bleibt – jedes Jahr aufs Neue eine Diskussion darüber aufkommt, ob die Tarifeckwerte tatsächlich verschoben werden sollten. Dabei geht es auch hier um systematische Gerechtigkeit. Denn ohne einen Inflationsausgleich würde der Durchschnittssteuersatz bei unverändertem Realeinkommen steigen. Der Staat würde also einen größeren Anteil vom Verdienst des Steuer-

pflichtigen für sich reklamieren, ohne dass dessen Kaufkraft gestiegen wäre.

Anders als bei den Sozialbeiträgen gibt es bei der kalten Progression bislang keinen Automatismus, um die schleichenden Steuererhöhungen zu verhindern. Dies war denn auch eines der Themen, über die die Ampelkoalition in den vergangenen Wochen gestritten hat.

Nicht nur die Steuersystematik fordert den Ausgleich der kalten Progression, es ist auch eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit: Da der absolute Entlastungsbetrag ab Einsetzen des Spitzensteuersatzes nicht weiter steigt, sinkt bei Spitzenverdienern die Entlastung relativ zum Einkommen. Für die Mittelschicht ist der Ausgleich der kalten Progression im Portemonnaie aufgrund der schnell steigenden Grenzsteuersätze deutlich spürbar.

Wünschenswert wäre für die Zukunft, die systematische Erforder-

nis des Ausgleichs in Form eines „Tarifs auf Rädern“ gesetzlich zu verankern. Denn mit einem Tarif auf Rädern wären heimliche und demokratisch nicht legitimierte Steuererhöhungen ausgeschlossen. Im Kern bedeutet dies, dass die Politik gesetzlich festschreibt, dass die kalte Progression auf Basis der geschätzten Inflationsrate im Steuertarif automatisch beseitigt wird.

Die Wirkung dieses Ausgleichsinstruments sollte dann bereits für das jeweils aktuelle Jahr gelten. Derzeit erfolgt die inflationsbedingte Tarifanpassung erst für das Folgejahr, sodass die Einnahmen aus der kalten Progression für das laufende Jahr beim Staat verbleiben. Im Jahr 2022 haben die Steuerpflichtigen in Deutschland so rund 14 Milliarden Euro mehr Steuern bezahlt, als nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip geboten gewesen wäre. So gesehen ist der Staat bei dem derzeitigen Prozedere ein Inflationsgewinner.

Weihnachtssessen deutlich teurer

Inflation. Um das Preisniveau von Lebensmitteln in den verschiedenen Regionen Deutschlands besser vergleichen zu können, hat das IW im vergangenen Jahr erstmals anhand der Zutaten eines Kartoffelsalats einen Index entwickelt – ähnlich dem international gebräuchlichen Big-Mac-Index. Im Jahr 2022 zeigt sich: Das regionale Gefälle ist geblieben und die Inflation wirkt stark.

Bei den einen kommt an Heiligabend der Gänsebraten auf den Tisch, bei anderen ist Raclette die einzig akzeptable Option. Wieder andere versammeln sich rituell um den Fonduetopf. Doch das mit Abstand beliebteste Essen der Deutschen an Weihnachten ist Kartoffelsalat mit Würstchen. In 36 Prozent der Haushalte landet das traditionelle Gericht an den Feiertagen auf dem Teller.

Das IW hat mithilfe regionaler Daten des Lebensmittelhändlers Rewe für alle 400 Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands erneut den Preis dieses Essens berechnet. Am meisten müssen die Menschen demnach im Süden für die Zutaten zahlen (Grafik):

Acht der zehn Kreise und Städte, in denen die Zubereitung eines Kartoffelsalats mit Würstchen am teuersten ist, liegen in Baden-Württemberg und Bayern.

Am tiefsten in die Tasche greifen müssen die Menschen im Landkreis Schwäbisch Hall – 7,04 Euro kosten dort die Zutaten. Vergleichsweise günstig sind die benötigten Lebensmittel in Teilen Nord- und Ostdeutschlands. In insgesamt 57 Kreisen und Städten liegt der Preis bei 6,39 Euro.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Preise für die Zutaten des Traditionssessens bundesweit im Schnitt um

23,4 Prozent gestiegen. Den größten Preissprung beim Kartoffelsalat gab es in Wilhelmshaven mit fast 30 Prozent. Den niedrigsten Anstieg verzeichnete der Bodenseekreis mit 10 Prozent. Allerdings führte dieser das Kostenranking 2021 noch an.

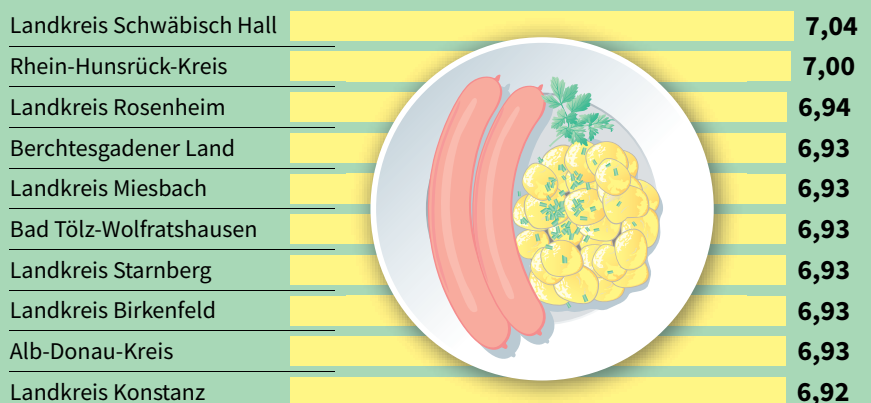
In einigen Regionen Deutschlands greifen die Menschen für ihren Kartoffelsalat auf Öl und Essig statt auf Mayonnaise zurück. Dadurch sparen sie nebenbei auch etwas Geld:

Die Kartoffelsalatvariante mit Öl und Essig ist lediglich in Mühldorf am Inn teurer als 6 Euro.

Aber auch für dieses Rezept stiegen die Preise. Für die IW-Forscher gibt es einen entscheidenden Grund für die teureren Lebensmittel: die hohen Energiepreise. Sie beeinflussen sowohl die Produktionskosten der Lebensmittel als auch die Kosten für Transport und Lagerung. Die Preisunterschiede im Land sind auf Faktoren wie unterschiedliche Gehaltsniveaus und andere Kostenstrukturen zurückzuführen, etwa auf relativ günstige Ladenmieten in Ostdeutschland oder ländlichen Regionen.

Wo Kartoffelsalat am meisten kostet

So viel Euro kostet ein selbst gemachter Kartoffelsalat mit Bockwürsten für vier Personen in diesem Landkreis oder in dieser kreisfreien Stadt



Vergleich aller 400 Landkreise und kreisfreien Städte auf Grundlage von Preisdaten des Lebensmitteleinzelhändlers Rewe im Jahr 2022

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Wenige suchen viele

Digitalisierung. Fachkräfte auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz sind zunehmend gefragt. Die Verteilung der offenen Stellen ist allerdings höchst ungleich.

Künstliche Intelligenz (KI) ist längst Teil des Alltags vieler Menschen. Sie sorgt dafür, dass Smartphones Gesichter erkennen, sie trägt zur Sicherheit im Auto durch Fahrerassistenzsysteme bei und sie hilft in der medizinischen Diagnostik.

Generell versteht man unter künstlicher Intelligenz jene Programme und Maschinen, die auf Basis von Daten lernen und selbstständig Entscheidungen treffen und Handlungen ausführen können. Das wiederum bietet die Chance, innovative Anwendungen und Produkte zu entwickeln.

Um die enormen Potenziale von KI vollständig ausschöpfen zu können, benötigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen in der

Regel spezialisierte Fachkräfte. Um zu analysieren, in welchem Umfang Firmen hierzulande neues Personal mit KI-Skills suchen, haben IW-Wissenschaftler deshalb mithilfe eines umfassenden Datensatzes des Recruiting-Softwareentwicklers Textkernel Online-Stellenanzeigen in Deutschland untersucht. Sie prüften die Ausschreibungen aus mehr als 60.000 verschiedenen Quellen darauf, in wie vielen von ihnen der Schwerpunkt auf künstlicher Intelligenz oder für diese Technologie relevanten Kenntnissen lag und verglichen die Zahlen der vergangenen Jahre miteinander.

Das Ergebnis: Von den mehr als 3,6 Millionen Stellen, die im ersten Quartal 2021 in Deutschland ausge-

sprochen wurden, bezogen sich rund 11.500 auf KI-Fachkräfte. Gegenüber demselben Zeitraum im Jahr 2020 waren das gut 5 Prozent mehr, gegenüber 2019 betrug die Steigerung 11 Prozent. Auffällig dabei ist, dass ein Großteil der angebotenen Stellen auf nur wenige Unternehmen entfällt (Grafik):

27 Prozent aller KI-Stellen in Deutschland wurden von lediglich dem obersten Prozent der suchenden Unternehmen mit dem höchsten Bedarf an KI-Experten ausgeschrieben.

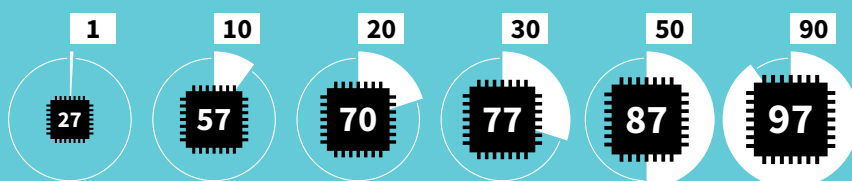
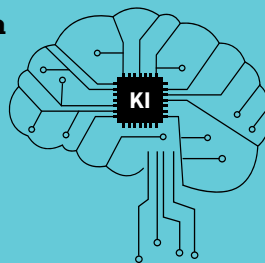
Insgesamt vereinten 6 Prozent der Firmen auf Mitarbeitersuche die Hälfte aller freien KI-Jobs auf sich. Teilweise suchten diese Unternehmen mehrere Hundert neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KI-Bereich.

Das heißt umgekehrt aber auch: Viele Firmen haben noch recht wenig Bedarf auf dem Gebiet und vergeben meist nur eine KI-Stelle. Die Technologie ist somit noch nicht vollends in der Breite der deutschen Wirtschaft angekommen. Aufgrund der großen Potenziale sollte die Politik deshalb Unternehmen stärker bei der Implementierung von KI unterstützen.

KI-Jobs: Bedarfe höchst unterschiedlich

Im ersten Quartal 2021 in Deutschland

- So viel Prozent der Unternehmen, die mindestens eine KI-Fachkraft suchten, ...
- ... schrieben so viel Prozent aller offenen KI-Stellen aus



KI-Stelle: Job, dessen Schwerpunkt auf künstlicher Intelligenz oder für die Technologie relevanten Kenntnissen liegt

Quellen: Textkernel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 101/2022

Jan Büchel, Armin Mertens:

Die großen Nachfrager nach KI-Experten in Deutschland

iwkoeln.de/ki-nachfrager

Platzmangel verringert

Kinderbetreuung. In diesem Jahr fehlten rund 266.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige in Deutschlands Kitas – deutlich weniger als noch vor einigen Jahren. Die Situation in den Bundesländern ist dabei sehr unterschiedlich und die Folgen des Ukraine-Kriegs könnten die Lage erneut verschärfen.

Ist das Problem vielleicht schon bald gelöst? Mit Blick auf die Betreuungssituation in Deutschlands Kitas stimmt momentan zumindest die Richtung (Grafik):

Im Frühjahr 2019 fehlten in Deutschland Betreuungsplätze für 358.800 Kleinkinder unter drei Jahren, bis zum Frühjahr 2022 hat sich die Kitalücke auf 266.300 Plätze reduziert.

Auch wenn man alle unter Sechsjährigen betrachtet, hat sich die Lücke merklich verkleinert – von mehr als 462.000 auf 365.000.

Das Institut der deutschen Wirtschaft sieht dafür drei Gründe:

Erstens gibt es ein größeres Angebot. Die Zahl der betreuten unter Dreijährigen ist von März 2019 bis März 2022 um etwa 20.000 gestiegen. Für Kinder zwischen drei und fünf Jahren sind sogar 107.000 Plätze dazugekommen.

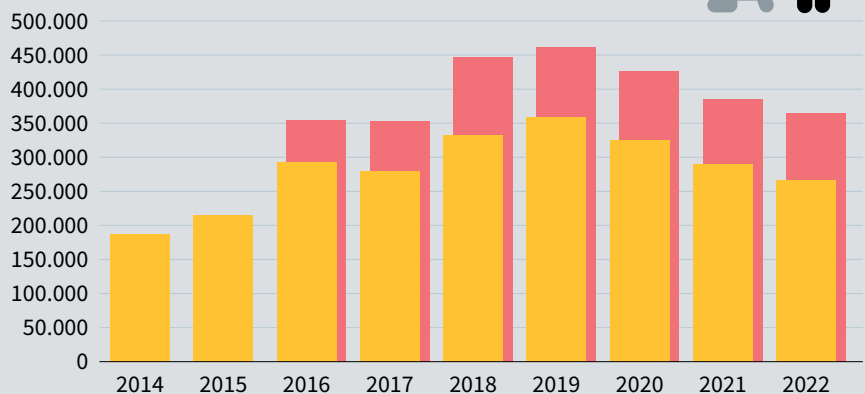
Zweitens hat sich die Zahl der Kleinkinder gleichzeitig um etwa 20.000 reduziert.

Drittens gab es – vor allem wegen Corona – seltener den Wunsch der Eltern nach externer Betreuung. Nun bleibt abzuwarten, ob der Effekt bald wieder verschwindet, weil Corona merklich an Schrecken verloren hat. Oder ob die Pandemie den Alltag für einige Familien so nachhaltig verändert hat, dass die Betreuungswünsche länger auf niedrigerem Niveau verharren. Doch selbst wenn das der Fall sein sollte, dürfte die

Kinderbetreuung: Die Kitalücke wird kleiner

Differenz zwischen der Zahl der Kinder in öffentlich geförderter Betreuung und dem hochgerechneten Bedarf an Betreuungsplätzen

■ Unter Dreijährige ■ Unter Sechsjährige



2022: Betreuungsbedarf aus dem Jahr 2021

2014 und 2015: keine Angaben zur Betreuungslücke bei den Drei- bis unter Sechsjährigen

Quellen: Bundesfamilienministerium, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Flucht vieler Mütter mit ihren Kindern aus der Ukraine die Zahl der zu betreuenden Kinder schon in der kommenden Statistik im Frühjahr 2023 wieder merklich erhöhen.

Zudem unterscheiden sich die Befunde zur Betreuungslücke je nach Bundesland merklich:

Relativ betrachtet fehlten 2022 mit 16 Prozent in Bremen die meisten Kitaplätze, gefolgt von Rheinland-Pfalz (15,5 Prozent) und Hessen (14,7 Prozent).

In absoluten Zahlen lag indes Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland mit 72.000 fehlenden

Plätzen mit beachtlichem Abstand an der Spitze.

Die Politik sollte die Betreuungsinfrastruktur und -qualität auf die regionalen Bedürfnisse abgestimmt weiter ausbauen. Dabei darf es ihr nicht nur um die Quantität der Angebote gehen, sondern auch um die Qualität – Stichwort: frühkindliche Bildung.

IW-Kurzbericht 97/2022

Wido Geis-Thöne:

Die Kitalücke schließt sich langsam

iwkoeln.de/kitaluecke-2022

Der Elan ist verflogen

Verteidigung. Die Bundesregierung hat nach Russlands Angriff auf die Ukraine Großes versprochen: Sie will Mängel bei der Bundeswehr mit einem Sondervermögen beheben und das 2-Prozent-Ziel der NATO dauerhaft einhalten. Doch danach sieht es nicht aus.

In der Vergangenheit gab es viel Kritik von NATO-Partnern an den deutschen Rüstungsausgaben – besonders aus den USA. Der Grund: Deutschland verfehlt seit geraumer Zeit das von den NATO-Staaten ausgegebene Ziel, mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung zu investieren. Im Jahr 2021 wendete Deutschland nur 1,49 Prozent auf.

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat die Haltung der Politik zur Bundeswehr allerdings verändert. Kanzler Scholz sprach von einer Zeitenwende. Der Bundestag verabschiedete ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen, um Rüstungsmängel der Bundeswehr zu beheben. Außerdem soll das 2-Prozent-Ziel künftig jedes Jahr eingehalten werden.

IW-Forschern zufolge könnte die Bundesregierung das Sondervermögen so aufteilen, dass das 2-Prozent-Ziel in den Jahren 2024 und 2025 erreicht wird. Doch selbst in diesem Szenario würde Deutschland die NATO-Vorgabe ab 2026 bereits wieder verfehlen.

Der Grund: Es fehlt der Inflationsausgleich. Die Bundesregierung hat den Verteidigungsetat in ihrer mittelfristigen Planung auf 50,1 Milliarden Euro eingefroren – nach NATO-Rechnung wären es gut 4 Milliarden Euro mehr. Bei einem prognostizierten nominalen Wirtschaftswachstum von 5,6 Prozent im Jahr 2023 und 4,6 Prozent im Jahr 2024 ergibt sich dadurch bereits 2026 eine Lücke von 9,7 Milliarden Euro. Noch gravierender wird es nach dem Wegfall des Sondervermögens (Grafik):

Im Jahr 2027 unterschreitet Deutschland laut Prognose das Budget für das 2-Prozent-Ziel um 39 Milliarden Euro.

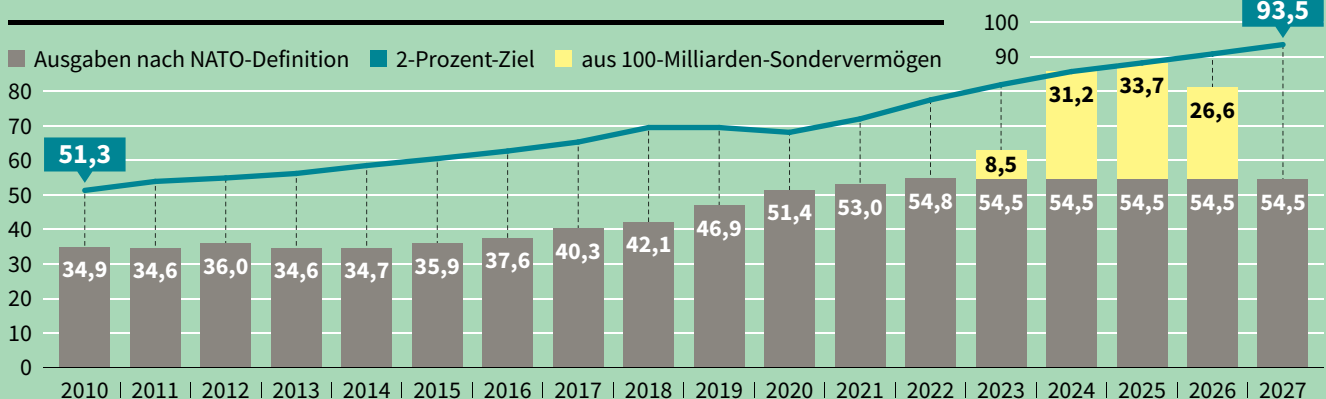
Ein weiteres Problem sind die steigenden Kosten. Das IW rechnet mit einem Lohnplus bei der Bundeswehr von je 5 Prozent in den nächsten beiden Jahren. Hinzu kommen höhere Preise für Energie, Treibstoffe und neue Rüstungsgüter. Fazit der Forscher: Eine jährliche nominale Steigerung des Verteidigungsetats um mindestens 5 Prozent ist nötig, um die Unterfinanzierung in den Griff zu bekommen.

IW-Kurzbericht 94/2022

Hubertus Bardt, Klaus-Heiner Röhl:
Bundeswehr und Inflation: Was bleibt von der Zeitenwende?
iwkoeln.de/bundeswehr

Verteidigungsausgaben: Sondervermögen schönt die Bilanz

So viele Milliarden Euro investiert(e) Deutschland in seine Verteidigung



Sondervermögen: Annahme, es wird genutzt, um das 2-Prozent-Ziel in den Jahren 2024 und 2025 zu erreichen
2-Prozent-Ziel: angepasst an das erwartete nominale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Deutschland, ein geteiltes Land

Strom. In den nördlichen Bundesländern wird deutlich mehr Strom erzeugt als verbraucht, im Süden ist es umgekehrt. Während Brandenburg und Niedersachsen teilweise mehr als das Doppelte ihres Bedarfs an Strom produzieren, sind Baden-Württemberg und Bayern auf Zulieferungen angewiesen.

In Sachen Stromerzeugung und Stromverbrauch fällt die Bilanz in den 16 Bundesländern sehr unterschiedlich aus (Grafik):

Spitzenreiter Niedersachsen hat 2020 rund 38.000 Gigawattstunden mehr Strom produziert als verbraucht – Schlusslicht Baden-Württemberg musste im selben Jahr mehr als 21.000 Gigawattstunden Strom zukaufen.

Die Daten für die einzelnen Bundesländer stammen zwar teils aus unterschiedlichen Jahren, dennoch lassen sich einige Besonderheiten beobachten:

Strom exportierende Bundesländer. Während sich die Stromausgleichsalden in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie – nach einem zwischenzeitlich starken Anstieg – in Schleswig-Holstein seit 2014 wenig verändert haben, hat sich der Stromüberschuss in Niedersachsen seitdem verdreifacht. Das liegt daran, dass der Anteil der Stromerzeugung aus Windkraft von rund 20 Prozent im Jahr 2014 auf 40 Prozent im Jahr 2020 gestiegen ist. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist der Windkraftanteil an der Stromerzeugung groß, auch wenn das Land längst nicht so viel Strom exportiert wie Niedersachsen: Im Jahr 2019 stammten fast 60 Prozent der Energie aus Windkraft.

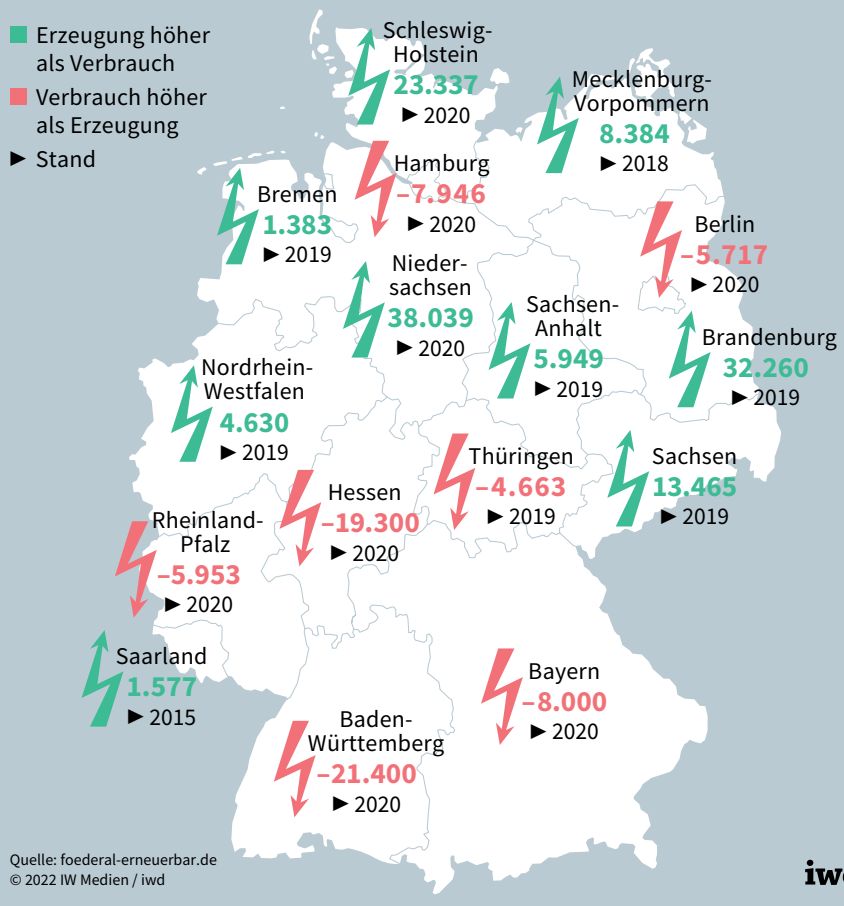
Strom importierende Bundesländer. In Baden-Württemberg ist der Nettoimport von Strom 2020 im

Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegen – das Land musste fast doppelt so viel Gigawatt zukaufen wie noch 2018. Auch in Bayern hat sich die Strombilanz merklich verschlechtert: Nachdem das Land 2017 sogar mehr Strom erzeugte, als es produzierte, musste der Freistaat im Jahr 2020 wieder 8.000 Gigawatt-

stunden zukaufen. Insgesamt wurde in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren deutlich mehr Strom erzeugt als verbraucht. Diese Überschüsse wurden unter anderem nach Frankreich exportiert, um dort die fehlende Flexibilität in der Energiegewinnung auszugleichen – etwa wenn Kernkraftwerke ausfielen.

Der deutsche Strom-Atlas: Plus im Norden, Minus im Süden

Saldo aus Bruttostromerzeugung und Bruttostromverbrauch in Gigawattstunden



Eine Frage der Bildung

Einkommensverteilung. Mehr Akademiker, mehr Zuwanderer und mehr ältere Einwohner: drei Trends, die sich in Deutschland auch auf die Einkommensverteilung auswirken. Wie genau, das hat das Institut der deutschen Wirtschaft zur zentralen Frage seines jüngsten Verteilungsreports gemacht.

Henri Theil war ein niederländischer Ökonometriker, geboren in Amsterdam, gestorben in Jacksonville, Florida. In der Ökonomie fällt sein Name immer dann, wenn

Ungleichheit verlässlich beziffert werden soll. Denn neben dem recht bekannten Gini-Koeffizienten taugt auch der Theil-Index als Maß für die Ungleichheit der Einkommen – und

kann sogar etwas besser als der Gini: Er lässt sich in zwei Teile zerlegen. Der eine Teil misst die Ungleichheit innerhalb einer Gruppe – zum Beispiel jener der Zuwanderer – und der andere, wie stark die Ungleichheit zwischen den Gruppen ist.

In seinem jüngsten Verteilungsreport hat das IW den Theil-Index genutzt, um dreierlei zu klären: Wie hat sich die Nettoeinkommensverteilung seit 1995 mit Blick auf das Bildungsniveau in Deutschland verändert? Wie zweitens aufgrund der höheren Nettozuwanderung? Und wie aufgrund eines höheren Anteils älterer Einwohner durch den demografischen Wandel? Das Ergebnis ist eindeutig (Grafik):

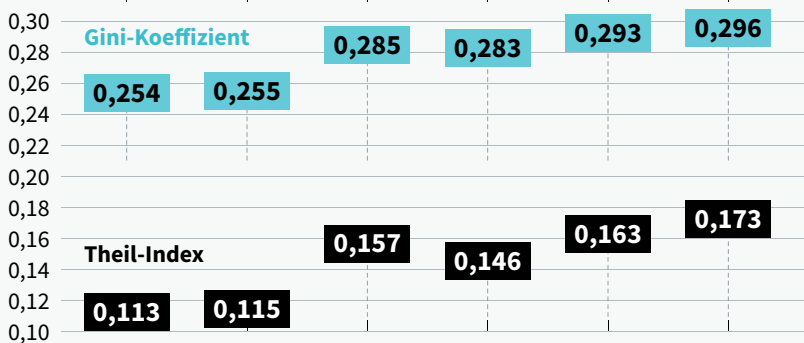
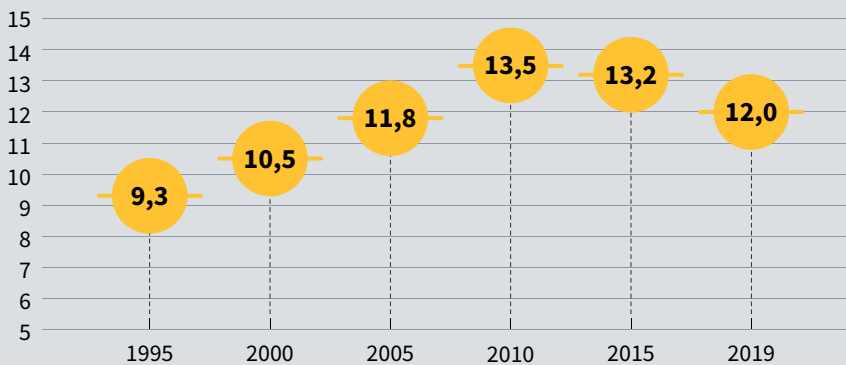
Für das Jahr 2019 lassen sich 12 Prozent der Einkommensunterschiede in Deutschland allein mit dem Bildungsniveau erklären. Im Jahr 1995 basierten nur etwas mehr als 9 Prozent der Unterschiede auf dem Qualifikationsgefälle.

Der Migrationshintergrund ist momentan dagegen nur für weniger als 3 Prozent der Ungleichheit verantwortlich; Gleiches gilt für die Altersstruktur. Bei ihr erwarten die Forscher unter gewissen Annahmen sogar, dass eine weiter steigende Zahl Senioren die Ungleichheit dämpfen könnte – Rentner haben gleichförmiger verteilte Einkommen als Erwerbstätige.

Insgesamt hat sich der Theil-Index parallel zum Gini-Koeffizienten

Bildungsniveau beeinflusst Einkommensungleichheit stärker

So viel Prozent der Unterschiede zwischen den bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen lassen sich mit Bildungsunterschieden erklären

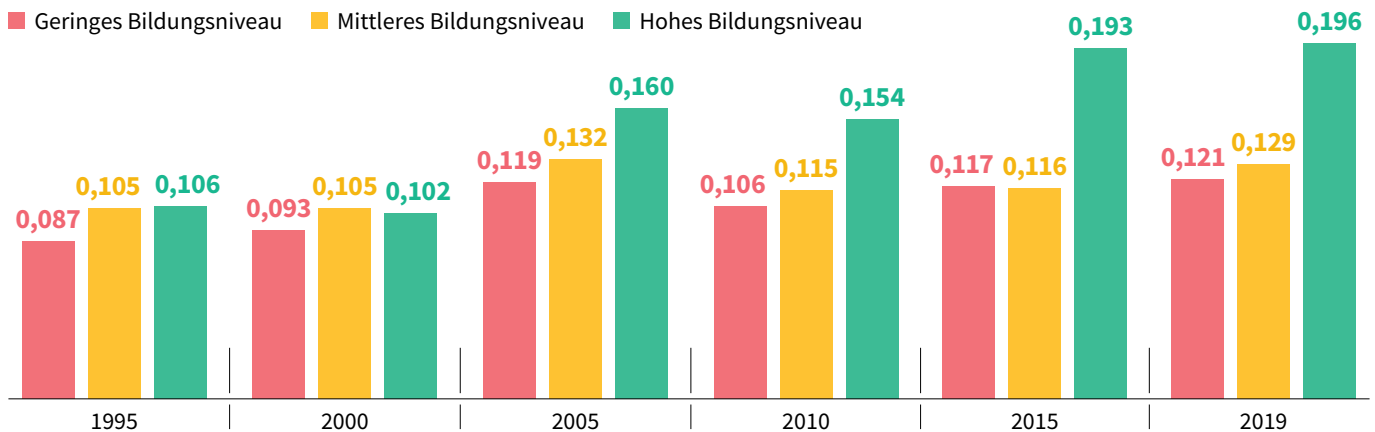


Gini-Koeffizient: Maß der Ungleichheit. Hat der Koeffizient den Wert null, haben alle das gleiche Einkommen. Je näher an eins der Wert liegt, desto größer ist die Ungleichheit

Theil-Index: Als Maß für die Ungleichverteilung der Einkommen lässt sich der Index in zwei Komponenten zerlegen – beispielsweise in den Anteil der Ungleichheit, der sich durch ein unterschiedliches Bildungsniveau erklären lässt, und jenen Anteil, für den es andere Ursachen gibt. Anders als der Gini-Koeffizient nimmt der Theil-Index nicht nur Werte zwischen null und eins an, tendenziell zeigen aber auch beim Index höhere positive Werte ein größeres Maß an Einkommensungleichheit an

Einkommen: Höhere Bildung, größere Unterschiede

So hat sich die Ungleichheit der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen innerhalb der verschiedenen Bildungsniveaus im Zeitverlauf gemäß Theil-Index entwickelt. Ein höherer positiver Wert zeigt dabei einen größeren Grad an Einkommensungleichheit



Geringes Bildungsniveau: Realschule, Hauptschule, kein Abschluss oder Sonstiges;
Mittleres Bildungsniveau: Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossene Lehre, Berufsfachschule;
Hohes Bildungsniveau: Schule des Gesundheitswesens, Fachhochschule, Universität, Technische Universität, Beamtenausbildung

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

entwickelt: Von 1995 bis 2005 stieg er von 0,11 auf 0,16 Punkte – wobei ein höherer Wert eine höhere Ungleichheit bedeutet. Seit 2005 hat sich der Index wie der Gini dann kaum noch verändert, die Einkommensunterschiede haben sich also nicht gravierend verstärkt.

Das Ergebnis gilt allerdings nicht, wenn die Lage aus einer anderen Perspektive bewertet wird – nämlich jener, die darauf abstellt, wie sich die Einkommensungleichheit innerhalb einzelner Bildungsniveaus im Zeitverlauf entwickelt hat (Grafik):

Während sich die Einkommensungleichheit von Personen mit mittlerer und geringer Bildung kaum verändert hat, hat sie sich bei jenen mit hoher Qualifikation merklich erhöht.

Dafür, vermuten die IW-Ökonomen, gibt es verschiedene Gründe – allen voran den Fachkräftemangel, der dazu geführt hat, dass hochqualifizierte Beschäftigte in Mangelberufen mittlerweile besonders gut bezahlt werden. Aber auch die Tatsache, dass immer mehr gut ausgebildete Menschen in Single-

haushalten leben, beeinflusst die Statistik. Denn das bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen von Singles ist niedriger als das von Paaren, die sich Güter wie Waschmaschine oder Kühlschrank teilen.

Betrachtet man mithilfe des Theil-Index den Migrationshintergrund als Erklärung für Einkommensungleichheit im Detail, zeigt sich: Jener Teil der Ungleichheit, der sich durch einen direkten Migrationshintergrund erklären lässt, ist von 2015 – da hatte die Flüchtlingsmigration in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht – bis 2019 leicht gesunken. Das dürfte daran liegen, dass es einem Teil der Geflüchteten gelungen ist, in Deutschland beruflich und gesellschaftlich Fuß zu fassen.

Ein anderer Befund macht allerdings nachdenklich: Wird anhand des Theil-Index überprüft, wie sich die Ungleichheit in der Gruppe ohne Migrationshintergrund, in jener mit direktem Migrationshintergrund und in jener mit indirektem Migrationshintergrund – die Eltern sind eingewandert – entwickelt hat, sticht die Nettoeinkommensungleichheit in

der Gruppe derjenigen mit indirektem Migrationshintergrund heraus: Der Indexwert von rund 0,2 ist mit Abstand am höchsten. Auch hier ist es der Bildungsstand, der die Ungleichheit maßgeblich beeinflusst:

Die Gruppe der Personen mit geringem Bildungsniveau und indirektem Migrationshintergrund ist nach wie vor überdurchschnittlich groß. Der Anteil jener Migranten mit hohem Bildungsniveau liegt indes nur minimal unter der entsprechenden Quote jener ohne Migrationshintergrund.

Anders gewendet: Seit 2015 ist die Gruppe der Menschen mit ausländischen Wurzeln und mittlerer Qualifikation (relativ) kleiner geworden. Deshalb ist nach wie vor die Bildung der zentrale Hebel, mit dem die Politik Einkommensunterschiede in Deutschland effektiv reduzieren könnte.

IW-Report 63/2022
Maximilian Stockhausen:
Einfluss struktureller Veränderungen
auf die Einkommensverteilung
iwkoeln.de/verteilungsreport-2022

Ein Balanceakt

Klimaschutz. In Brüssel und Berlin wurden in den vergangenen Jahren hohe Klimaziele gesteckt. Um sie zu erreichen, sollen fossile Energieträger verteuert und klimafreundliche Alternativen attraktiver werden. Allerdings zwingt die Energiekrise die Bundesregierung zum kurzfristigen Handeln, um Bürger und Unternehmen zu stützen. Ob es gelingt, mit den beschlossenen Maßnahmen ungünstige Verteilungswirkungen abzumildern und gleichzeitig dem Klimaschutz zu dienen, hat das IW untersucht.

Von den hohen Energiepreisen sind in Deutschland alle betroffen – besonders hart trifft es aber jene, die zu den einkommensschwächeren Schichten gehören (Grafik):

Gemessen am Marktpreis müssen Haushalte im unteren Einkommensbereich im Schnitt derzeit fast 16 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für Energie aufwenden – 5,5 Prozentpunkte mehr als 2021.

Die sogenannte untere Mitte, also zum Beispiel Alleinstehende mit einem Nettoeinkommen zwischen 1.370 und 1.830 Euro, muss inzwischen gut 11 Prozent des Nettoeinkommens für Strom, Warmwasser und Heizung ausgeben. Im Schnitt zahlen Haushalte in Deutschland aktuell knapp 287 Euro mehr für Energie, wenn sie einen Neuvertrag abschließen müssen.

Auch für Unternehmen sieht die Situation am Energiemarkt nicht gut aus: Zwar ist die EEG-Umlage abgeschafft, durch die hohen Beschaffungskosten für Energie steigen dennoch die Ausgaben:

Der durchschnittliche Strompreis für die Industrie betrug im ersten Halbjahr 2022 rund 33 Cent pro Kilowattstunde, 2021 waren es noch 21,4 Cent.

Um die Mehrbelastungen für Bürger und Wirtschaft abzufedern, hat die Bundesregierung drei

Entlastungspakete geschnürt – für die Politik ein echter Balanceakt: Denn sie darf dabei nicht die klimapolitischen Anreize aus den Augen verlieren. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat nun untersucht, welche verteilungs- und klimapolitischen Effekte die Maßnahmen der Regierung haben:

EEG-Umlage. Die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage zum

1. Juli 2022 mildert die Belastung durch die gestiegenen Strompreise und führt bei Haushalten mit den geringsten Einkommen zur höchsten relativen Entlastung. Zugleich bleibt der Anreiz bestehen, Strom aus erneuerbaren den rein fossilen Energieträgern vorzuziehen. Zur Entlastung der privaten und gewerblichen Stromkunden soll zusätzlich die Strompreisbremse greifen.

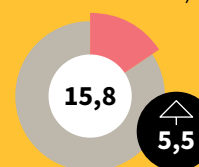
Was vom Einkommen für Energie draufgeht

So viel Prozent des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens müssen diese Einkommensschichten 2022 für Energie ausgeben

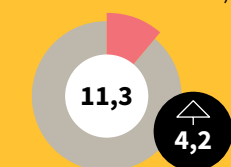


■ Steigerung gegenüber 2021 in Prozentpunkten

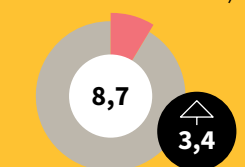
Relativ Arme
(Nettoeinkommen
unter 1.370 Euro)



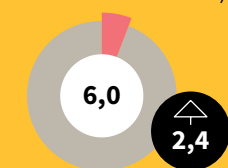
Untere Mitte (Nettoeinkommen
zwischen 1.370 und 1.830 Euro)



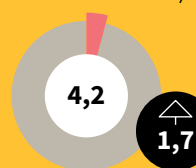
Mitte (Nettoeinkommen
zwischen 1.830 und 3.420 Euro)



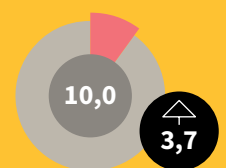
Obere Mitte (Nettoeinkommen
zwischen 3.420 und 5.710 Euro)



Relativ Reiche
(Nettoeinkommen
über 5.710 Euro)



Durchschnitt



Energiekosten (Strom, Warmwasser, Heizung) entsprechen dem durchschnittlichen Marktpreis zwischen Januar und Juli 2022; Unterscheidung der Einkommensgruppen beziehen sich beispielhaft auf einen Singlehaushalt

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Tankrabbatt. Hiervon haben zumindest kurzfristig jene profitiert, die einen Pkw mit Verbrennungsmotor nutzen. Allerdings ist die Maßnahme aus ökonomischer Sicht kritisch zu bewerten. Aufgrund des fehlenden Knappheitssignals sank die Nachfrage nicht. Die Marktpreise stiegen weiter und fraßen einen Teil der Steuersenkung auf. Damit war der Tankrabbatt klimapolitisch kontraproduktiv, zumal Geld von allen Steuerzahlern zu Pkw-Fahrern umverteilt wurde.

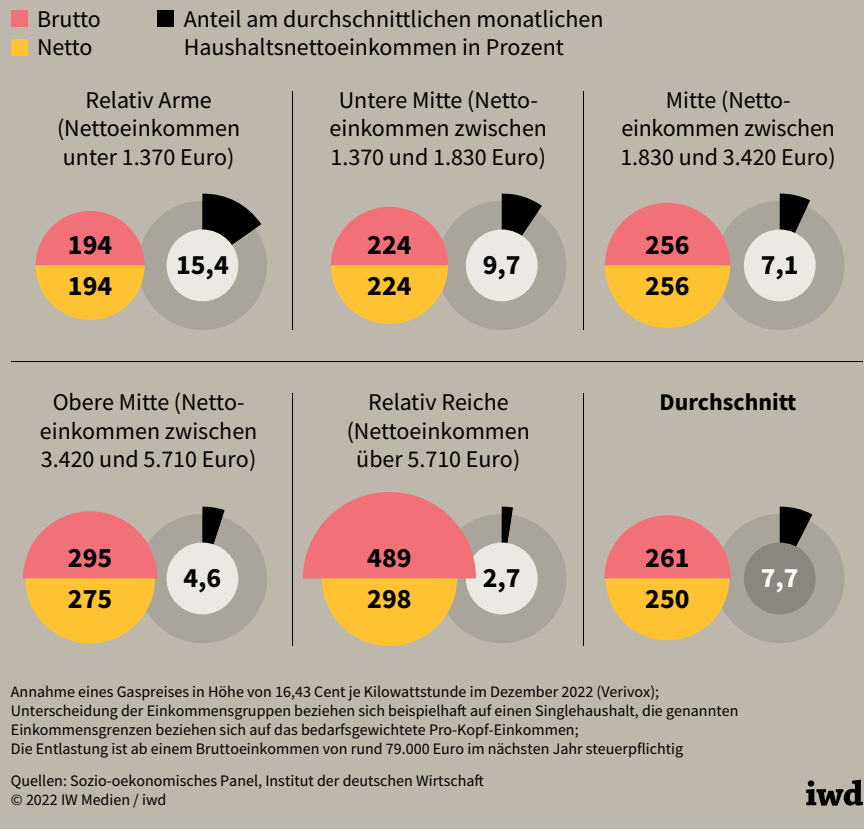
Heizkostenpauschale für Wohngeldempfänger. Diese Maßnahme des dritten Entlastungspakets soll zielgerichtet wirken, da nur Haushalte mit niedrigem Einkommen profitieren. Ein solcher Transfer verzerrt die Preissignale nicht und die hohen Preise für fossile Energieträger halten den Anreiz zum Sparen aufrecht – beides dient dem Klimaschutz. Mit der umfassenden Wohngeldreform zum 1. Januar 2023 wird dieses Instrument gestärkt.

Energiepauschale. Ob Erwerbstätige, Rentner, Selbstständige oder Gewerbetreibende – alle haben bereits oder werden vom Staat eine zu versteuernde Einmalzahlung von 300 Euro erhalten. Auch wenn die Pauschale sozialpolitisch hinterfragt werden kann, greift sie nicht verzerrend in die Preise ein und entlastet in der Breite eben auch jene, die mit ihren Steuerzahlungen zur Finanzierung der Maßnahmen beitragen. An den klimapolitisch günstigen Anreizwirkungen durch die hohen Preise für fossile Energieträger ändert die Maßnahme nichts.

Gaspreisbremse und Abschlagszahlung. Vor dem Hintergrund der stark steigenden Gaspreise wird im Jahr 2023 eine Gaspreisbremse eingeführt. Für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs soll dann ein Preis von 12 Cent je Kilowattstunde gelten und als Rabatt ausbezahlt

Gaspreis: Einmalzahlung im Dezember entlastet Haushalte

Um so viel Euro werden Haushalte durch die Einmalzahlung der Bundesregierung im Dezember 2022 entlastet



werden. Für den aktuellen Verbrauch fällt der jeweilige Marktpreis an, um Sparanreize zu erhalten. Zudem soll eine Einmalzahlung in Höhe der Abschlagszahlung im Dezember 2022 kurzfristig für Entlastung sorgen. Der Effekt (Grafik):

Trotz der geplanten Besteuerung der geldwerten Vorteile fällt zumindest die absolute Entlastung für die oberen Einkommensbereiche höher aus.

Insgesamt werden für die Einmalzahlung gemäß IW-Schätzung rund 4,6 Milliarden Euro an Haushalte fließen, die mit Gas oder Fernwärme heizen. Da der geldwerte Vorteil für Zahler des Solidaritätszuschlags steuerpflichtig werden soll, wird der Staat rund 200 Millionen Euro zurückbekommen.

Entlastung von Unternehmen. Kredit- und Bürgschaftsprogramme sollen Betriebe in prekärer Lage unterstützen. Der Tankrabbatt und der Wegfall der EEG-Umlage entlasteten beziehungsweise entlasten auch die Unternehmen. Dennoch kommt es vor allem bei den energieintensiven Firmen bereits zu Produktionsausfällen. Deshalb greifen für diese Industriebetriebe die Gas- und die Strompreisbremse schon früher, gelten allerdings nur für 70 Prozent des Vorjahresverbrauchs.

Gutachten

Thilo Schaefer, Judith Niehues: Verteilungswirkung klimapolitischer Maßnahmen – Studie für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft iwkoeln.de/verteilungswirkungen

Konzentration statt Diversifikation

China. In diesem Jahr wird Deutschland so viele chinesische Waren einführen wie noch nie. Da Peking gleichzeitig als Absatzmarkt für die deutsche Wirtschaft an Gewicht verliert, erreicht das Handelsbilanzdefizit gegenüber China einen neuen Rekord. Diversifizierung wäre dringend nötig – und laut Modellrechnungen auch machbar.

Wohin steuert China? Die Proteste in zahlreichen chinesischen Städten vor wenigen Wochen, die sich zuerst gegen die strikte Null-Covid-Politik wandten und schließlich in Schanghai sogar in Rücktrittsforderungen an Präsident Xi Jinping mündeten, zeigen: Viele Chinesen sind die Corona-Politik der Kommunistischen Partei leid.

Die vielen Lockdowns, die in letzter Zeit verhängt wurden, haben auch die wirtschaftliche Entwicklung gebremst:

So brachen die chinesischen Exporte, in Dollar gerechnet, im November um 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ein.

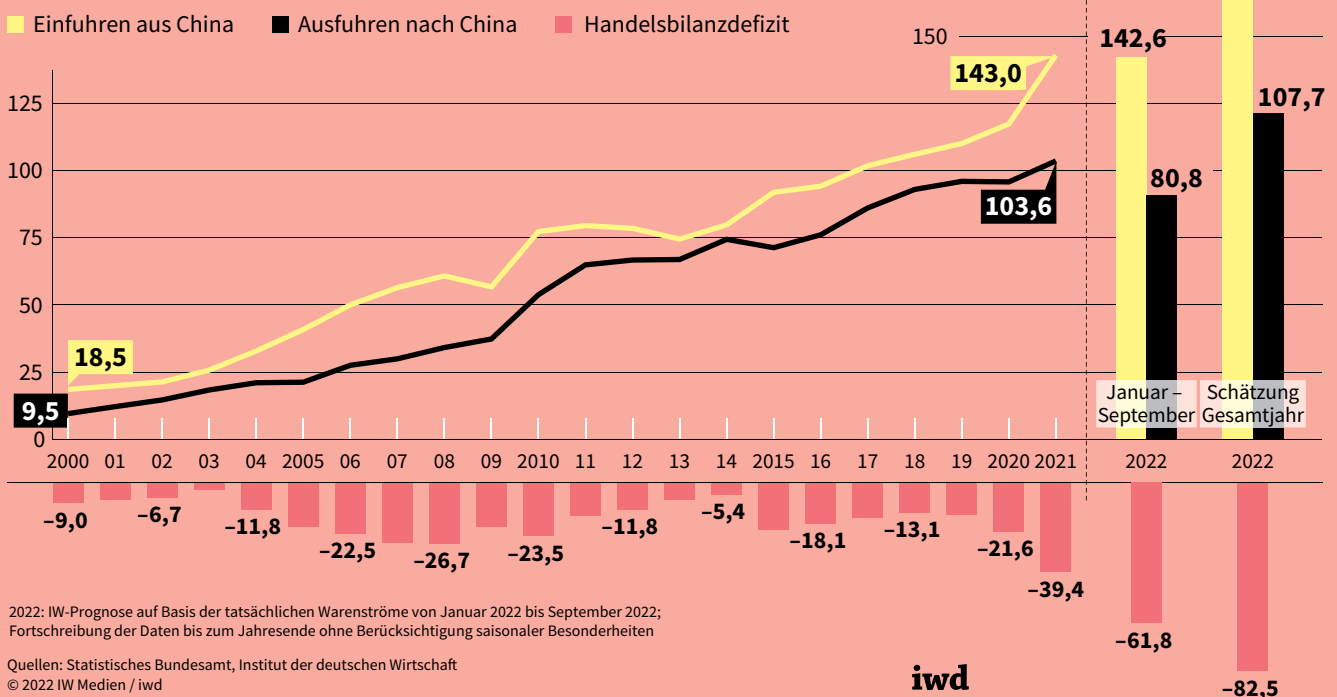
Dabei war der Export zuletzt eine wichtige Konjunkturstütze für China.

Denn der private Konsum schwächelt und auch die Immobilienkrise schwelt weiter.

Als Reaktion auf die Proteste und die schlechten Wirtschaftszahlen hat die chinesische Regierung nun weitreichende Lockerungen verkündet. Und das trotz der kalten Jahreszeit, der geringen Durchseuchung, der hochinfektösen Omikron-Varian-

China: Abhängigkeit nimmt zu

Deutsch-chinesischer Warenhandel in Milliarden Euro



te und der niedrigen Impfquote der 1,4 Milliarden Chinesinnen und Chinesen. Viele haben erst zwei Impfungen mit chinesischen Tot-Impfstoffen hinter sich, die effizienteren mRNA-Impfstoffe hat Peking bislang nicht zugelassen. Und schon zuletzt infizierten sich in China trotz aller Eindämmungsmaßnahmen laut offiziellen Zahlen rund 30.000 Menschen täglich mit Corona, die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein.

Die Gefahr ist, dass die Infektionszahlen in China bald aus dem Ruder laufen, Krankenhäuser überfüllt sind und die Zahl der Toten rapide steigt. Dann dürften neuerliche Lockdowns unvermeidlich sein. Das würde die zaghafte wirtschaftliche Erholung, auf die jetzt zu hoffen ist, wieder abwürgen.

Ohnehin ist Chinas Wirtschaft derzeit im Stop-and-go-Modus: Nach einer schwachen Entwicklung bis zur Jahresmitte fiel das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal 2022 um 3,9 Prozent höher aus als im Vorjahreszeitraum. Das lag vor allem an den heruntergefahrenen Restriktionen aufgrund der recht niedrigen Infektionsraten im Sommer und Frühherbst. Die OECD ging in diesem Umfeld in ihrer jüngsten Prognose für China von einem realen Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent für 2022 aus. Doch dann stiegen die Infektionszahlen und es kam im November zu vermehrten Lockdowns, sodass die recht optimistische OECD-Prognose inzwischen Makulatur sein dürfte.

Sollten die nun erzwungenen Lockerungen in ein Infektionschaos münden, sind neue Abschottungs-

maßnahmen vorprogrammiert. Insbesondere die Schließung der Häfen Chinas würde zudem die globale Lieferkettensituation, die sich gerade zu entspannen beginnt, erneut verschärfen.

Ungeachtet all dieser Unwägbarkeiten hat der bilaterale Handel zwischen China und Deutschland zuletzt weiter an Fahrt aufgenommen, vor allem die Einfuhren aus dem Reich der Mitte dürften in diesem Jahr einen neuen Rekordwert erreichen (Grafik):

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2022 importierte Deutschland chinesische Waren im Wert von knapp 143 Milliarden Euro.

Damit legten die deutschen Wareneinfuhren aus China im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rund 42 Prozent zu. Da die weltweiten Importe Deutschlands im selben Zeitraum allerdings nur um gut 28 Prozent gestiegen sind, hat China seine Position als wichtigster Warenlieferant noch einmal deutlich ausgebaut.

Anders stellt sich die Exportseite dar: In den ersten drei Monaten des Jahres 2022 führte Deutschland Waren im Wert von knapp 81 Milliarden Euro nach China aus. Damit stiegen die Warenexporte ins Reich der Mitte um 5,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, während die Ausfuhren in alle Länder im selben Zeitraum mit 15,2 Prozent dreimal so stark zulegten. China verliert also als Absatzmarkt für die deutsche Wirtschaft an Gewicht:

Lag China 2021 noch auf Rang zwei der wichtigsten Ausfuhrpartner, rangiert es 2022 bislang nur noch an vierter Stelle.

Da Deutschland aber gleichzeitig immer mehr Waren aus China importiert, wächst das Handelsbilanzdefizit gegenüber Peking nunmehr zum vierten Mal in Folge: Im Jahr 2021 betrug die Handelslücke bereits beachtliche 39 Milliarden Euro, in den ersten drei Quartalen 2022 kamen knapp 62 Milliarden Euro zusammen. Würde man die bisherige Entwicklung weiter fortschreiben, könnte sich das Defizit am Jahresende auf mehr als 80 Milliarden Euro belaufen – und wäre damit doppelt so hoch wie 2021.

Statt zu diversifizieren macht sich Deutschland immer abhängiger von China. Dabei wäre ein Umsteuern mittelfristig zu vertretbaren Kosten möglich: Studien des ifo Instituts und des Instituts für Weltwirtschaft zeigen, dass es Deutschland lediglich knapp 1 Prozent an realer Wirtschaftsleistung kosten dürfte, wenn es sich innerhalb von rund zehn Jahren weitestgehend von China abkoppelt – vorausgesetzt, dass sich mittelfristig andere Absatzmärkte und Lieferanten finden.

Selbst doppelt oder dreimal so hohe BIP-Einbußen wären über einen Zeitraum von zehn Jahren verteilt kein Drama. Politik und Unternehmen sollten deshalb besser heute als morgen damit beginnen, neue Handelspartner zu suchen. US-Unternehmen wie Apple verfolgen diese Strategie schon längst: Zwar ist China mit einem Anteil von 36 Prozent immer noch Apples wichtigster Zulieferer, doch iPhones lässt das Unternehmen bereits auch in Indien fertigen, die Produktion von AirPods und iPads erfolgt zum Teil in Vietnam.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche**7,8** Milliarden

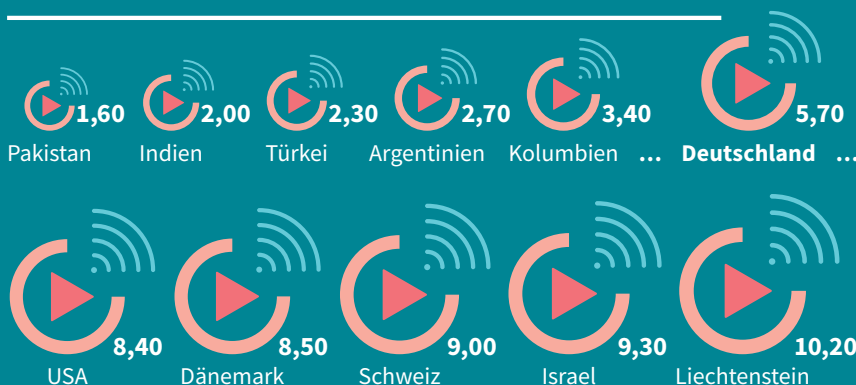
SMS wurden 2021 in Deutschland verschickt, das waren 800 Millionen mehr als im Jahr zuvor. Das Plus dürfte laut Bundesnetzagentur auf Corona und die Zwei-Faktor-Authentifizierung von Bezahlendiensten zurückzuführen sein, denn seit dem Rekordjahr 2012 – damals wurden in der Bundesrepublik fast 60 Milliarden SMS versendet – sinkt die Zahl der verschickten Kurznachrichten tendenziell. Das wiederum liegt an der rasanten Verbreitung der Smartphones, mit denen sich vielseitige Messenger-Apps wie WhatsApp oder Telegram nutzen lassen. Der Short Message Service wurde dieses Jahr übrigens 30 Jahre alt. Die erste Textnachricht sendete der Ingenieur Neil Papworth am 3. Dezember 1992 im britischen Vodafone-Netz. Empfänger der „Merry Christmas“-Wünsche war Vodafone-Mitarbeiter Richard Jarvis, der sich zum Sendezeitpunkt auf einer Weihnachtsfeier des Mobilfunkanbieters befand. Die meisten Kurznachrichten verschicken Nutzer jedoch nicht an Heiligabend, sondern eine Woche später: In der Vergangenheit gingen die meisten SMS in der ersten Stunde des 1. Januar als Neujahrsgrüße ins Netz.

Top-Liste: Netflix-Kosten

223 Millionen Abonnenten hatte der Streamingdienst Netflix im Oktober 2022. Die meisten davon leben in den USA – und müssen im Vergleich zu Menschen in anderen Ländern mehr für ein Abo zahlen. Die Preise sind nämlich nicht weltweit einheitlich, sondern werden für jedes Land spezifisch festgesetzt. Auch die Zahl der auf der Plattform zu sehenden Filme und Serien variiert aufgrund von Lizenzvereinbarungen und Ausstrahlungsrechten. Anhand beider Größen lässt sich ausrechnen, wie viel Geld die Bürger eines Landes pro verfügbarem Titel zahlen müssen. Bei einem Basis-Abo machen die Einwohner von Pakistan den besten Deal – für je 5.000 Filme und Serien zahlen sie umgerechnet 1,60 Dollar. Dahinter folgen Indien, die Türkei und Argentinien. Am teuersten im Vergleich zur Größe der Angebotspalette ist Netflix in Liechtenstein, dort kosten 5.000 Titel mehr als 10 Dollar. Deutschland liegt im Ranking mit 5,70 Dollar im vorderen Mittelfeld.

Der Preis fürs Streamen

Monatliche Kosten für ein Netflix-Basis-Abo pro 5.000 verfügbaren Titeln in den jeweiligen Ländern in Dollar



Ohne Steuern; Stand: September 2022; Länderauswahl: die ersten und letzten fünf des Rankings

Quellen: Comapritech, JustWatch, Netflix, uNoGS
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Neuer Abo-Preis

Gestiegene Kosten zwingen die IW Medien, den Bezugspreis des iwd im Jahr 2023 auf 12,55 Euro pro Monat inklusive Mehrwertsteuer und Versand anzuheben.